



T +41 31 326 66 04
E urs.scheuss@gruene.ch

Eidgenössisches Departement
für Umwelt, Verkehr, Energie
und Kommunikation UVEK
Generalsekretariat
3003 Bern

per E-Mail an: sekretariat.referenten@gs-uvek.admin.ch

24. September 2020

Teilrevision des Postorganisationsgesetzes (POG); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die GRÜNEN für eine Stellungnahme Teilrevision des Postorganisationsgesetzes (POG) eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Die GRÜNEN stimmen der Öffnung des Kredit- und Hypothekarmarkt für die PostFinance grundsätzlich zu. Die Vorgaben bei der Kreditvergabe zu Gunsten der Klimaziele müssen aus Sicht der GRÜNEN jedoch zwingend sein und nicht nur als Kann-Formulierung verankert sein. Um die Hebelwirkung noch zu vergrössern, soll die Vorgabe aus Sicht der GRÜNEN zudem auf die Förderung klimaschonender Vorhaben und Projekte erweitert werden. Damit wird die PostFinance zu einer «Klimabank» für die Transition hin zu einer fossilfreien Wirtschaft. Die in der Vernehmlassungsvorlage zur Diskussion gestellte Teilprivatisierung der PostFinance lehnen die GRÜNEN dagegen klar ab.

Zu den gestellten Fragen nehmen die GRÜNEN wie folgt Stellung:

Frage 1: Die Vorlage sieht die Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbots für PostFinance AG vor. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Die GRÜNEN sind bedingt einverstanden. Aus Sicht der GRÜNEN soll die PostFinance von der Kredit- und Hypothekervergabe nicht weiter ausgeschlossen werden. Die Entwicklung auf dem Finanzmarkt führt dazu, dass die PostFinance durch das Verbot immer stärker benachteiligt wird. Zudem benachteiligt das Verbot die Post und ihre Kund*innen gegenüber den Privatbanken und den Kantonalbanken. Die GRÜNEN fordern allerdings eine striktere Formulierung des Artikel 7, Absatz 1bis. (vgl. auch die folgende Antwort auf Frage 2).

Frage 2: Die Vorlage sieht vor, dass der Bundesrat im Rahmen der strategischen Steuerung der Post (Corporate Governance) der PostFinance Vorgaben machen kann, bei der Vergabe von Krediten und Hypotheken die Klimaziele des Bundes zu berücksichtigen. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Die GRÜNEN sind sehr einverstanden damit, dass die Vergabe von Krediten und Hypotheken an die Klimaziele des Bundes geknüpft werden. Das Pariser Klimaabkommen und das neue CO2-Gesetz sehen vor, dass die Finanzströme in Einklang mit den Klimazielen in Einklang gebracht werden. Daher reicht eine Kann-Formulierung, wie im Vernehmlassungsentwurf vorgeschlagen nicht.

Um die Hebelwirkung noch zu vergrössern, soll die Vorgabe aus Sicht der GRÜNEN zudem auf die Förderung klimaschonender Vorhaben und Projekte erweitert werden. Damit wird die PostFinance zu einer «Klimabank» für die Transition hin zu einer fossilfreien Wirtschaft. Ausserdem soll die Vorgabe auf die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus erweitert werden. Die PostFinance soll hier Kredite zu günstigen Konditionen vergeben.

Fragen 3a und 3b:

Der Bundesrat schlägt im Rahmen der Vernehmlassung weitere Massnahmen vor, welche nicht Gegenstand der Vorlage sind, aber in einem engen Zusammenhang mit dieser stehen. Eine dieser Massnahmen ist die Reduktion der Beteiligung der Schweizerischen Post AG an PostFinance AG auf die gesetzlich vorgeschriebenen 50% plus 1Akte (Teilprivatisierung; Art. 14 Abs. 2 POG). Der Bundesrat erachtet als Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilprivatisierung die Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbots (Art. 3 Abs. 3 POG). Der konkrete Zeitpunkt der Teilprivatisierung muss auf den Geschäftsgang und Marktopportunitäten abgestimmt sein und ist in enger Abstimmung zwischen dem Verwaltungsrat der Schweizerischen Post und dem Bundesrat zu bestimmen. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Für den Bundesrat steht eine mehrheitliche oder vollständige Privatisierung von PostFinance AG zur Zeit nicht im Vordergrund. Ein solcher Schritt würde die Aufhebung von Art. 14 Abs. 2 POG bedingen und wäre mit den bestehenden Regelungen der Grundversorgungsaufträge der Post bzw. PostFinance insb. im Zahlungsverkehr nicht vereinbar. Die Abgabe der Kontrollmehrheit der Post an PostFinance AG ist aus Sicht des Bundesrates aber eine längerfristige Option. Welches ist Ihre Haltung hierzu?

Die GRÜNEN sind mit einer Teil-, mehrheitlichen oder vollständigen Privatisierung der PostFinance AG nicht einverstanden. Eine Privatisierung hat keinen inneren Zusammenhang mit der Frage der Aufhebung des Verbots der Kredit- und Hypothekervergabe. Die GRÜNEN sehen daher auch keine Notwendig für eine Privatisierung. Zu Gunsten eines einmaligen Erlöses würde ein dauernder Beitrag der PostFinance AG an die Grundversorgung aufgegeben. Eine Privatisierung würde zudem Friktionen zwischen dem Bundeseigner und Privaten im Bereich der Renditefrage etc. schaffen.

Frage 4a: Eine weitere, im Rahmen der Vernehmlassung vorgeschlagene Massnahme ist eine Kapitalisierungszusicherung der Schweizerischen Eidgenossenschaft als Eigentümerin und Gewährleisterin der Grundversorgungsaufträge an die Schweizerische Post AG mit dem Zweck, die sich abzeichnende Lücke beim Aufbau der regulatorisch vorgeschriebenen Eigenmittel (insbesondere Notfallkapital) von PostFinance AG zu schliessen. Diese Massnahme ist subsidiär zu anderen Massnahmen, in Umfang und Zeitdauer limitiert sowie marktgerecht abzugelten. Sie erlischt, sobald die Eigenmittelanforderungen auf andere Weise erfüllt sind, spätestens im Zeitpunkt der Teilprivatisierung von PostFinance AG. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Die GRÜNEN sind mit dem Vorschlag einverstanden. Eine Kapitalzusicherung ist wichtig, damit die PostFinance AG nicht Kundengelder abbauen muss. Es wäre widersinnig, wenn die PostFinance AG Kund*innen durch hohe Gebühren verjagen müsste und diese ihre Guthaben zu privaten Banken wechseln. Zur Vorgehensweise der Kapitalzuweisung (Frage 4b) haben die GRÜNEN keine Bemerkung.

Frage 5: Trotz der verbesserten wirtschaftlichen Aussichten für PostFinance, die aus der Aufhebung von Art. 3 Abs. 3 POG folgen, ist die finanzielle Stabilität der Schweizerischen Post und die eigenwirtschaftliche Erbringung der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdienstleistungen langfristig nicht gesichert. Um die Zukunft der Schweizerischen Post auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen, ist nach Ansicht des Bundesrates eine vertiefte Diskussion über die Weiterentwicklung der Grundversorgung vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung notwendig. Welches ist Ihre Haltung diesbezüglich?

Die GRÜNEN teilen die Einschätzung, es braucht eine vertiefte Diskussion über die Grundversorgung. Die vorgeschlagene Aufhebung des Hypothekar- und Kreditvergabeverbots kann die finanzielle Situation der Post verbessern. Damit sind aber die Fragen der Finanzierung der Grundversorgung nicht beantwortet. Die GRÜNEN stehe für einen guten Service Public, zu der Postgrundversorgung gehört. Eine grundlegende Diskussion für eine langfristige Sicherung der Grundversorgung und der Aufgabe der Post ist unabdingbar. Es stellt sich für die GRÜNEN die Frage, inwiefern es zielführend ist, dass die Erträge der Finanzdienstleistungen den Zahlungsverkehr quersubventionieren müssen. Das ist ein Leistungsauftrag der erstens nicht zwingend von der PostFinance erbracht werden muss und der zweitens stärker durch Gebühren finanziert werden könnte.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und bitten Sie, die Vorlage entsprechend anzupassen sowie Schritte in Richtung Privatisierung der PostFinance AG zu unterlassen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli
Präsident



Urs Scheuss
stv. Generalsekretär